

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network

[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 102 / 14. 11. 2006**

#### **AKTIV - REACH**

##### **Kampagnenpaket REACH** von Hiltrud Breyer

Das neue Chemikalienrecht REACH geht in die heiße Phase. Ein Kampagnenpaket für Aktionen bis zur Plenarabstimmung mit Aktionsvorschlägen, Musteranträgen, Musterpresseerklärungen, Infos, Kostümen etc. kann über [hiltrud.breyer@europarl.europa.eu](mailto:hiltrud.breyer@europarl.europa.eu) bezogen werden.

=====

#### **CHEMIKALIEN - POLITIK - REACH**

BUNDESTAG 09-11-2006 Umwelt/Antrag

##### **Koalition: Zu einvernehmlicher Lösung für REACH beitragen**

Berlin: (hib/SKE) Die Bundesregierung soll sich für ein ausgewogenes Konzept von Chemikaliendaten einsetzen, das verlässliche Entscheidungsgrundlagen für die Einschätzung von Gefahren gibt und Hersteller kleinerer Mengen von Altstoffen entlastet.

Das fordern die Fraktionen der SPD und CDU/CSU in einem Antrag (16/3295). Alle so genannten phase-in Stoffe, die in größeren Mengen als einer Tonne pro Jahr produziert werden, sollen innerhalb von ein bis anderthalb Jahren in einheitlicher Weise vorregistriert werden, fordern die Parlamentarier. Die Rolle der Europäischen Chemikalienagentur im Evaluierungsverfahren solle gestärkt werden, die nationalen Rechte der EU-Mitglieder jedoch gewahrt bleiben. Für Chemikalien, die ausschließlich für Forschung und Entwicklung produziert und verwendet würden, solle die Meldepflicht vereinfacht werden.

Hintergrund ist die Verabschiedung der Verordnung zur Einführung eines Rechtsrahmens für chemische Stoffe (REACH) vom EU-Wettbewerbsfähigkeitsrat am 27. Juni dieses Jahres. In ihrem Antrag fordern die Parlamentarier die Regierung auf, sich auf dieser Basis für eine einvernehmliche Lösung mit dem europäischen Parlament einzusetzen.

Umwelt/Antrag

##### **Mehr Sicherheit bei Chemikalien für Verbraucher**

Berlin: (hib/SKE) Die Bundesregierung soll im EU-Wettbewerbsministerrat ihren Widerstand gegen die Substitution gefährlicher Stoffe aufgeben. Das fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (16/3279).

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Abgeordneten außerdem bei der Beratung der Verordnung zur Einführung eines Rechtsrahmens für chemische Stoffe (REACH) der Einführung einer "allgemeinen Sorgfaltspflicht" für Unternehmen zustimmen.

Danach müssten Firmen auch für Stoffe, die in weniger als einer Tonne pro Jahr hergestellt werden, eine sichere Verwendung garantieren. Die Regierung soll außerdem darauf hinwirken, dass die Verbraucher von den Herstellern alle gesundheits- und umweltrelevanten Daten über die Stoffe erhalten, die in Konsumprodukten enthalten sind.

\*\*\*

Aus EU-ÖkoNews 31.10.2006 · Hiltrud Breyer MdEP

##### **Stärkeres REACH in Reichweite:**

##### **Umweltausschuss gibt Rückendeckung für Substitutionsprinzip**

Der Umweltausschuss hat mit seiner Abstimmung zur neuen Chemikalienpolitik REACH die Weichen gestellt für mehr Gesundheits- und Umweltschutz in Europa. Mit großer Mehrheit sprachen sich die Abgeordneten für die Substitution von gefährlichen Chemikalien aus, wenn sicherere Alternativen

vorhanden sind. Dies ist ein Meilenstein für den Verbraucherschutz und eine klare Rückendeckung für ein stärkeres REACH. Es ist auch ein deutliches Signal in Richtung Ministerrat, der das Plenarabstimmungsergebnis vom letzten Jahr bisher in sträflicher Weise ignoriert hat. Die Chemische Industrie wirft mit Nebelkerzen, wenn sie behauptet, in der Lage zu sein, Chemikalien in einem "sicheren Rahmen" kontrollieren zu können. Angesichts der weltweiten Funde von gefährlichen Chemikalien in Organismen und angesichts der Schwierigkeiten, die Gefährlichkeit von Chemikalien zu beurteilen, ist es mehr als hinterlistig, von "adäquater Kontrolle" zu sprechen. Die Lösung liegt klar auf der Hand: wenn sicherere Alternativen für ein hochgefährlichen Stoff existieren, müssen diese verwendet werden. Diese rechtliche Verpflichtung wäre ein wichtiger Anreiz für mehr Innovation in der Chemischen Industrie und würde diejenigen Unternehmen unterstützen, die bereits sichere Chemikalien und alternative Technologien anbieten.

Erste Schritte für mehr Transparenz und Wahlfreiheit der Verbraucher sind die rechtlich verbindlichen Festschreibungen der Sorgfaltspflicht und der Aufgabe, Verbrauchern endlich mehr Informationen über Chemikalien in Alltagsprodukten zur Verfügung zu stellen. Der Kauf von Produkten darf nicht länger Russisches Roulette sein. Das Ergebnis schafft Optimismus für ein positives Abstimmungsergebnis auch in der in den kommenden Wochen anstehenden Plenarsitzung zu REACH. Das Plenum ist aufgefordert, dem Votum des federführenden Ausschusses zu folgen. Die Abstimmung wird zum Lackmustrast, ob die EU eine weltweite Vorreiterrolle für den Umwelt- und Gesundheitsschutz behält. REACH ist die große Möglichkeit, Mensch und Umwelt vor einer schleichenden Vergiftung zu schützen. Die neue Chemikalienpolitik kann eine win-win-Situation für Umwelt, Verbraucher und Industrie sein. Es bleibt zu hoffen, dass das Plenum und der Ministerrat diese Chance ergreifen.

Zu REACH: [http://ec.europa.eu/environment/chemicals/reach/reach\\_intro.htm](http://ec.europa.eu/environment/chemicals/reach/reach_intro.htm)

Und/oder

Vom BUND

**EU-Umweltausschuss stimmte mehrheitlich für mehr Umwelt- und Verbraucherschutz**

Der VCI reagierte prompt: <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=884453>

Pressemitteilung BUND & Greenpeace:

**Chemiepolitik: Bundesregierung und chemische Industrie müssen Blockadehaltung aufgeben**

Berlin und Brüssel 10.10.2006:

**EU-Umweltausschuss stimmt für mehr Umwelt- und Verbraucherschutz**

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Greenpeace haben die heutige Entscheidung des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments zur Chemikalienreform REACH begrüßt. Es sei ein wichtiger Schritt für den besseren Schutz von Umwelt und Gesundheit vor gefährlichen Chemikalien getan worden. Der Ausschuss sprach sich mit großer Mehrheit dafür aus, dass Chemieunternehmen gefährliche Chemikalien ersetzen müssen, wenn sichere Alternativen zur Verfügung stehen (Substitution). Damit stellten sich die EU-Parlamentarier gegen den Ministerrat, der eine Substitutionspflicht abgelehnt hatte.

Patricia Cameron, BUND-Chemieexpertin: "Die EU-Umweltexperten haben ein wichtiges und richtiges Zeichen gesetzt. Krebserregende, erbgutschädigende und andere gesundheitsbelastende Chemikalien haben in Alltagsprodukten nichts zu suchen. Deshalb muss die Regel, Schadstoffe bei vorhandenen Alternativen zu ersetzen, auch in den anstehenden Verhandlungen zwischen Parlament und Ministerrat durchgesetzt werden. Dadurch wird auch ein Anreiz für Unternehmen geschaffen, gesundheits- und umweltschonende Chemikalien zu entwickeln."

"Die deutsche Chemieindustrie wehrt sich seit Jahren dagegen, ihre schädlichen Chemikalien konsequent vom Markt zu nehmen. Die Bundesregierung unterstützt diese Haltung, um Konzerne wie BASF nicht zu verprellen", kritisiert Corinna Hölzel von Greenpeace. "Wir fordern Bundeskanzlerin Merkel und ihre Minister Michael Glos und Sigmar Gabriel auf, das Votum des Umweltausschusses zu akzeptieren und im Ministerrat ihren Widerstand gegen die Substitution gefährlicher Stoffe aufzugeben", so Hölzel.

Der Druck der Chemieindustrie habe bereits zu einer massiven Verschlechterung des Gesetzes geführt. So müssten Hersteller nur noch so wenige Daten über die Wirkung ihrer Chemikalien liefern, dass die Gefährlichkeit von Stoffen nicht mehr sicher identifiziert werden könne.

Die Organisationen begrüßten deshalb die Entscheidung des Umweltausschusses für eine allgemeine Sorgfaltspflicht. Danach werden die Chemieproduzenten für die Sicherheit all ihrer Produkte, unabhängig von der jährlich hergestellten Menge, verantwortlich gemacht. Verbraucher sollen zudem mehr Informationen über jene Chemikalien bekommen, die in den von ihnen erworbenen Alltagsgegenständen enthalten sind.

Quelle: [http://www.bund.net/lab/reddot2/pressemitteilungen\\_5846.htm](http://www.bund.net/lab/reddot2/pressemitteilungen_5846.htm)

\*\*\*

Anmerkung Scherrmann:

Falls Sie mal sehen wollen, wie die Industrie argumentiert bzw. wie sie ihre Sicht "wissenschaftlich" untermauert und verbreitet:

**REACH: teuer für die Welt, selbstmörderisch für Europa**, Angela Logomasini, Institut Hayek, November 2005

[http://www.fahayek.org/gazette/imagesup/Reach\\_D.pdf](http://www.fahayek.org/gazette/imagesup/Reach_D.pdf)

Zitat der Impressum-site des Hayek-instituts unter "Mission Statement":

"Das Friedrich A. v. Hayek Institut ist Österreichs einzige Organisation, die dem wirtschafts- und gesellschafts-politischen Denken F. A. v. Hayeks und der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ verpflichtet ist. Es hat seinen Sitz in Wien und **tritt mit wissenschaftlichen Publikationen, internationalen Konferenzen und durch andere Formen der Kommunikation für die Auseinandersetzung mit diesen Ideen und für deren Verbreitung in der Öffentlichkeit ein. Seine Arbeit richtet sich in erster Linie an die Universitäten und Schulen, die Unternehmerschaft, die Medien, die Politik und den Klerus.** Das F.A. v. Hayek Institut ist in seiner internen Struktur führenden internationalen Forschungsinstituten nachgebildet und **ist politisch strikt unabhängig.**

Das F. A. v. Hayek Institut wird durch die Beiträge seiner Mitglieder und **durch große Sponsoren finanziert, bspw. die Stiftungsprofessuren oder internationale Konferenzen „Austrian Economics Today“.** Die Finanzlandesdirektion für Wien hat das F.A.v. Hayek Institut als wissenschaftlicher Organisation aufgenommen. Zuwendungen und Spenden an das Institut sind daher steuerlich absetzbar." <http://www.hayek-institut.at>

Hervorhebungen Scherrmann

Anmerkung Scherrmann:

Die Verwendung des Begriffs "grosse Sponsoren" ist ja wohl ziemlich eindeutig, auch wenn letztlich nicht offengelegt wird, welche Konzerne das Institut finanzieren (und dieses dann von den Steuern absetzen koennen).

Für mich laesst sich "eine politisch strikte Unabhaengigkeit" durch eine Finanzierung durch "grosse Sponsoren" nicht realisieren.

Der Artikel selber stotzt nur so von Fehlinformationen und demagogischen Formulierungen.

Interessant ist zudem, dass von Seiten der Industrie haeufig Frauen - meines Erachtens mit Sicherheit ganz bewusst - als Autorinnen, Pressesprecherinnen etc. eingesetzt werden, wenn es um Umweltfragen bzw. um von der Industrie verursachte Schaeden geht.

Ich vermute, die Industrie machte die Erfahrung, dass auf dem Gebiet "Umwelt und Gesundheit" die Statements von Frauen als glaubwuerdiger als diejenigen von Maennern wahrgenommen werden.

---

## CHEMIKALIEN - ACRYLAMID

Vom BfR:

**Das BfR hatte die Studie im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags zur Information der Öffentlichkeit über Gesundheitsrisiken von Lebensmitteln, Stoffen und Produkten in Auftrag gegeben.** Ziel der Studie war es zu ermitteln, ob die Risikokommunikation des BfR zu Acrylamid die Verbraucher erreicht und ihr Verhalten beeinflusst hat. Dafür befragten die Bonner Wirtschaftspsychologen Vierboom & Härten 1000 repräsentativ ausgewählte Personen und führten 55

Interviews mit Verbrauchern und Verbraucherinnen unterschiedlichen Alters. Ferner befragten sie 45 Vertreter unterschiedlicher Medien, die als Multiplikatoren bei der Kommunikation gesundheitlicher Risiken bei Lebensmitteln fungieren.

Das Ergebnis: Das Thema Acrylamid in Lebensmitteln steht im persönlichen Risikoranking der Verbraucher derzeit nicht an erster Stelle. Gleichwohl ist es gegenwärtig und im kollektiven Bewusstsein verankert. Die meisten Verbraucher wissen, dass der Stoff bei der Zubereitung bestimmter Lebensmittel entstehen oder in Fertigprodukten enthalten sein kann. Acrylamid in Lebensmitteln wird aber nicht als unmittelbar bedrohlich für die eigene Gesundheit angesehen. Für gefährlicher als Acrylamid halten die Verbraucher mikrobielle Risiken, wie Salmonellen, oder Rückstände von Pflanzenschutzmitteln auf ihren Lebensmitteln. Insgesamt gehen die Befragten mit dem Problem Acrylamid eher rational um: Sie meiden Lebensmittel, die Acrylamid enthalten könnten zwar nicht, ein Teil der befragten Verbraucher bereitet Speisen jetzt aber sorgfältiger und nach der Regel „Vergolden statt verkohlen“ zu, damit möglichst wenig Acrylamid entsteht. Insgesamt ist die Zahl der Verbraucher, die angeben, ihr Verhalten mehr oder weniger stark geändert zu haben, mit 30-40 Prozent allerdings eher klein. Dabei gilt: Wer sein Verhalten ändert, ist auch gut informiert.

Mit den teils widersprüchlichen und komplexen Informationen zur Sicherheit von Lebensmitteln, die über die Medien auf sie einströmen, können Verbraucher nur schwer umgehen - auch das zeigt die Studie. Informationen aus dieser Quelle werden zwar wahrgenommen. Für das eigene Handeln sind Informationen von Institutionen, denen Vertrauen entgegen gebracht wird, aber wichtiger. Dazu gehören in erster Linie die Verbraucherberatungen - auch, weil sie vor Ort sind. Staatliche Behörden rangieren in der „Vertrauensskala“ erst an dritter Stelle. Immer gilt: Aussagen müssen klar und eindeutig sein und konkretes Handeln ermöglichen. Sie sollen so aufbereitet sein, dass sie eine individuelle Risikoabschätzung und Entscheidung ermöglichen. Neben der Information über das Risiko erwartet der Verbraucher Hinweise zum Umgang mit dem Risiko. Dazu zählen zum Beispiel Tipps für die Zubereitung von Speisen oder Hinweise auf einen potentiell hohen Gehalt an Acrylamid in einzelnen Produkten.

Das BfR als Institution kannten nur wenige der befragten Verbraucher. Eine Institution, die unabhängig von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Interessen, aufgrund einer wissenschaftlich basierten Bewertung und in klaren und einfachen Worten über das Risiko von Acrylamid informiert, hält die große Mehrheit der Befragten aber für sehr wichtig. Anders als die Verbraucher kannten die befragten Medienvertreter das BfR gut und gaben an, das Institut als eine Institution zu schätzen, der man hinsichtlich wissenschaftlich fundierter Aussagen vertrauen könne.

Insgesamt belegen die Ergebnisse der Studie eine gelungene Kommunikation über das gesundheitliche Risiko von Acrylamid in Lebensmitteln. Das war nach Einschätzung der Teilnehmer am Abschlussworkshop möglich, weil Institutionen, die das Verbrauchervertrauen genießen, mit übereinstimmenden Informationen an die Öffentlichkeit getreten sind. Für das BfR ist die Erkenntnis von besonderer Bedeutung, dass Verbraucher sich ihre Informationen vorrangig von vertrauenswürdigen Institutionen vor Ort holen. Für die Risikokommunikation des Instituts ein klarer Hinweis, noch stärker mit diesen „trustworthy institutions“ zusammenzuarbeiten und die Ergebnisse wissenschaftlicher Risikobewertungen des BfR in klarer und eindeutiger Sprache an diese wichtigen Multiplikatoren zu übermitteln.

Die Ergebnisse der Studie wird das BfR in Kürze auf seiner Homepage veröffentlichen.

Lesen Sie diesen Presstext online.

<http://www.bfr.bund.de/cd/8460>

Anmerkung Scherrmann:

Hier zeigt sich mal wieder deutlich eines der Probleme des BfR (Bundesinstitut fuer Risikobewertung). Das BfR hat sich seit Jahren auf das Problem Acrylamid quasi als Steckenpferd spezialisiert. Die Forschung und die Infos bzgl. Acrylamid sind/waren gut. Die Wirkungen und Vermeidungsmoeglichkeiten EINER Chemikalie abzuarbeiten ist zwar wichtig und loeblich, daraus jedoch den Schluss zu ziehen, das BfR sei im Bereich anderer Chemikalien ebenso kompetent und aktiv ist meiner Erfahrung nach falsch. Am Beispiel Acrylamid zeigt sich vielmehr deutlich, welch ein Forschungs-, Wissens-, Informations- und Handlungsdefizit im Bereich anderer Chemikalien, z. B. derjenigen die in Putz-, Waschmitteln und Kosmetika eingesetzt werden, vorhanden ist.

=====

## CHEMIKALIEN - CUMARIN

Von foodwatch

### **Rechtsbruch von Amts wegen - foodwatch legt Originaldokumente über Absprachen bei Zimt vor**

Lebensmittelwirtschaft und Politiker gefährden bewusst die Gesundheit der Verbraucher, weil ihnen ökonomische Interessen wichtiger sind. foodwatch veröffentlichte heute eine politische Chronologie über die Amtshilfe beim gesetzwidrigen Verkauf von Lebensmitteln, die mit der giftigen Aromasubstanz Cumarin belastet sind.

Zum Jahreswechsel wird bei Labortests bekannt, dass Lebensmittel zu viel von dem leberschädigenden und krebserregenden Cumarin enthalten. Statt sofort tätig zu werden, treten Behörden und Lebensmittelindustrie nur langsam in Verhandlung – und handeln schließlich nicht im Sinne der Verbraucher.

Zum Sommer, kurz bevor zimthaltiges Weihnachtsgebäck in die Regale kommt, spitzt sich die Situation zu. Im Juni gelingt es der Lobby der Lebensmittelwirtschaft, die Veröffentlichung eines Gesundheitsberichts des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zu verzögern. Die Bürger erfahren erst Mitte September, dass sie stark mit Cumarin belastet werden, wenn sie zimthaltige Lebensmittel verzehren. Ende September treffen sich Ministerialbeamte mit Vertretern der Industrie, eine bundesweite Rückrufaktion steht im Raum. Das Argument der Industrie, dass Zimt ein Gewürz sei und deswegen der in der Aromenverordnung geregelte Cumarin-Grenzwert nicht angewendet werden dürfe, wird vom Bundesverbraucherministerium zurückgewiesen. Weil es immer enger wird, beruft der Spitzenverband der Lebensmittelwirtschaft "Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL)" eine Krisensitzung ein.

Wenige Tage später schlagen die Verbraucherminister der Länder Verzehrsempfehlungen vor. Bund und Länder benötigen nun ganze 14 Tage, um der Bevölkerung die maximalen Verzehrsmengen von hochgradig Cumarin-belasteten Lebensmitteln auszurechnen. Ist es ein Zufall, dass diese "Höchstwerte" genau so viel Cumarin erlauben, wie in den höchstbelasteten Produkten gefunden wurde?

Die neuen "Höchstmengen" für Cumarin liegen bis zu 33fach über dem gesetzlichen Grenzwert. Obwohl die Rechtslage seit 1988 eindeutig ist: Die in der Europäischen Union geltende Aromenrichtlinie 88/388/EWG und die deutsche Aromenverordnung legen einen Grenzwert von zwei Milligramm Cumarin pro Kilogramm Lebensmittel fest. Dies ist ein gesetzlicher Wert, an dem weder von Ministerien noch von Wirtschaftsverbänden herumzudeuteln ist.

Das PDF-Dokument "Cumarin in Zimt: Rechtsbruch von Amts wegen. Eine politische Chronologie von foodwatch", finden Sie im Internet unter: <http://foodwatch.de/>

\*\*\*

### **02.10. 2006 Gefährliches Zimtgebäck**

Die Süßwarenindustrie muß nach Darstellung des Magazins "Focus" möglicherweise Zimtgebäck vom Markt nehmen, weil der Grenzwert für den krebserregenden Duftstoff Cumarin deutlich überschritten wird. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=421015.4713./medizin/ernaehrung>

---

## CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

05.10.2006

### **WHO fordert verschärfte Schadstoffgrenzwerte in der EU**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verlangt deutlich niedrigere Grenzwerte für Luftschadstoffe als sie bisher in der Europäischen Union oder in den USA vorgeschrieben sind.

Feinstaub, der zu großen Teilen aus dem Straßenverkehr stammt, ist der derzeit gefährlichste Luftschadstoff in Europa. Etwa zwei Millionen Menschen weltweit müssen nach WHO-Schätzungen

vorzeitig sterben, weil sie aggressiven Schadstoffen in der Luft nicht ausweichen können.

Insgesamt fordert die WHO mit einer jetzt vorgelegten neuen Richtlinie eine Absenkung der aktuellen Grenzwerte für Feinstaub, Ozon und Schwefeldioxid in der EU. Aktueller Hintergrund sei der Beschluss des Europäischen Parlaments für eine teilweise Abschwächung der künftigen EU-Grenzwerte für Feinstaub sowie für längere Übergangsfristen für ihre Einhaltung.

WHO-Richtwerte liegen deutlich unter aktuellen EU-Richtlinien

Mit den neuen Richtlinien gibt die WHO erstmals einen Grenzwert für Feinstaub in der Atemluft vor, dem derzeit folgenschwersten Luft-Schadstoff: Die kleinsten Feinstaubpartikel (PM 2,5) allein senken laut WHO die statistische Lebenserwartung jedes Deutschen um durchschnittlich 10,2 Monate. Bereits die aktuellen EU-Grenzwerte für Feinstaub werden derzeit von 48 deutschen Städten zumeist weit überschritten. International existieren in vielen Ländern keinerlei Richtwerte.

Auf Grund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse hat die WHO zugleich ihre Richtwerte für Ozon und Schwefeldioxid substanziell gesenkt, im Falle von Schwefeldioxid um mehr als 80 Prozent. Die neuen Werte liegen damit deutlich unter den aktuellen EU- Richtlinien.

Z. B: <http://www.aerztlichepraxis.de>

Und/oder

#### **WHO hält EU- Grenzwerte für viel zu hoch**

Erstmals hat die Weltgesundheitsorganisation ihre Richtlinien für Luftqualität vorgestellt. Die Grenzwerte für Feinstaub liegen dabei deutlich unter denen der Europäischen Union. Laut WHO-Recherchen verkürzt Feinstaub das Leben jedes Deutschen im Schnitt um zehn Monate.

<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,440992,00.html>

Und/oder

#### **Luftreinhaltung: WHO für schärfere Standards in Städten**

Genf (ddp). Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) fordert mehr Anstrengungen zur weltweiten Luftreinhaltung in städtischen Ballungsräumen. Eine drastische Reduzierung der Feinstaubbelastung könne die Zahl der vorzeitigen jährlichen Todesfälle in von...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=10&d=6&id=124574>

=====

### **CHEMIKALIEN - GEFAHRSTOFFE**

Vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG):  
30.10.2006. **Hilfen für den sicheren Umgang mit Gefahrstoffen**

Der Umgang mit Chemikalien kann gefährlich sein. Unternehmer sind daher verpflichtet, die Risiken bei entsprechenden Tätigkeiten im Betrieb zu beurteilen und über Schutzmaßnahmen zu entscheiden. Die Berufsgenossenschaften unterstützen sie dabei mit zahlreichen praktischen Handlungshilfen. Eine Übersicht dieser Hilfen hat das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitsschutz (BGIA) in Zusammenarbeit mit den Berufsgenossenschaften in einem neuen Report zusammengestellt. Im Mittelpunkt stehen dabei Stoffe und Gemische, die für die Praxis besonders wichtig sind: Hierzu zählen unter anderem Quarz, Kühlschmierstoffe oder Schweißrauche, mit denen täglich Hunderttausende von Arbeitnehmern in Berührung kommen.

Mit der neuen Gefahrstoffverordnung sind viele Grenzwerte für Gefahrstoffe am Arbeitsplatz entfallen. Damit ist noch mehr eigenverantwortliches Handeln und Entscheiden der Betriebe bei der Gefährdungsbeurteilung gefragt. "Hier klafft eine Lücke zwischen gesetzlichen Anforderungen einerseits und verbindlichen Vorgaben zur Beurteilung von Stoffen andererseits, die zu füllen die Betriebe allein nicht in der Lage sind", sagt Professor Dr. Helmut Blome, stellvertretender BGIA-Leiter und Gefahrstoffexperte. Was gebraucht würde, seien Orientierungshilfen und praktische Hinweise zur Gefährlichkeit von Stoffen, Stoffgemischen und Arbeitsverfahren.

Der BG/BGIA-Report schafft Abhilfe: Er liefert Handlungshilfen für die Gefährdungsbeurteilung, oft ergänzt um Empfehlungen für Schutzmaßnahmen; er beschreibt sichere Arbeitsverfahren, enthält Expositionsbeschreibungen für Tätigkeiten mit Chemikalien und informiert über den Stand der Technik beim Umgang mit Gefahrstoffen. Herzstück des Berichts ist eine Tabelle mit 51 Einträgen, von denen aktive Verknüpfungen direkt zu weiterführenden Dokumenten leiten.

Der Report steht unter [www.hvbg.de](http://www.hvbg.de) zum kostenlosen Download zur Verfügung.

<http://www.hvbg.de/d/bia/pub/rep/rep05/arbeitschutzloesungen.html>

Bzw.

[http://www.hvbg.de/d/bia/pub/rep/rep05/pdf\\_datei/arbeitschutzloesungen/arbeitschutzloesungen1.pdf](http://www.hvbg.de/d/bia/pub/rep/rep05/pdf_datei/arbeitschutzloesungen/arbeitschutzloesungen1.pdf)

Anmerkung Scherrmann:

Hier wird m. E. auch deutlich,

a) dass bisher ein ziemliches Defizit bzgl. Gefahrstoffinformationen und Gefahrstoffschutzmassnahmen vorlag

b) dass das "eigenverantwortliche Handeln" - wohl aus versicherungstechnischen Gruenden - eine zentrale Rolle spielt.

Dieses Papier ist ggf. eine Informationsquelle fuer Kranke, die ein BG-Verfahren laufen haben, um einen Ueberblick zu haben, wie manche Substanzen HEUTE von den BGs beurteilt werden und wo moeglicherweise zwischen den Zeilen herauszulesen ist, wo frueher das Defizit bestand.

=====

## CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

Von NeuroNews: Begünstigen Pestizide einen Morbus Parkinson? - Eine weiterhin ungeklärte Frage

Der Verdacht, dass eine chronische Exposition mit Pestiziden das Entstehen eines Morbus Parkinson begünstigt, ist immer noch nicht ausgeräumt (NeuroNews.de berichtete). Wissenschaftler des Department of Nutrition an der Harvard School of Public Health in Boston, USA haben nun in einer neuen Studie weitere Zusammenhänge zwischen einer geringfügigen aber chronischen Belastung mit Pestiziden und dem individuellen Parkinsonrisiko untersucht. Dafür analysierten sie Daten der Cancer Prevention Study II, einer 1992 begonnenen Langzeitstudie der American Cancer Society. Für die aktuelle Studie untersuchten die Forscher 143.325 Teilnehmer, die zum Studienbeginn 1992 weder an einem Morbus Parkinson erkrankt waren, noch eine Parkinsonsymptomatik aufwiesen. 7.864 Studienteilnehmer (5,7 Prozent) gaben an, dass sie Pestiziden ausgesetzt waren. Darunter befanden sich 1.956 Landwirte oder in der Landwirtschaft tätige Personen und Fischer. Der Datenabgleich ergab, dass die Personen mit einer zurückliegenden regelmäßigen Pestizidexposition eine um 70 Prozent höhere Inzidenz für einen Morbus Parkinson aufwiesen. Dabei spielte es keine Rolle, ob die mit Pestiziden belasteten Probanden aus dem Bereich der Landwirtschaft stammten oder nicht. Eine Exposition mit Asbest, Säuren, Lösungsmitteln und anderen Chemikalien hatte wie eine Belastung mit Kohlen- und Mineralienstaub und acht weiteren beruflich bedingten Belastungen keinen Einfluss auf die Inzidenz eines Morbus Parkinson. Angesichts dieser Studienergebnisse empfehlen die Forscher weitere Untersuchungen um herauszufinden, welche chemischen Bestandteile der Pestizide für diese Zusammenhänge verantwortlich sein könnten.

[http://www.neuronews.de/index.php?ACTION=news.inc&ARTIKEL\\_ID=7527](http://www.neuronews.de/index.php?ACTION=news.inc&ARTIKEL_ID=7527)

Originalveroeffentlichung: <http://www3.interscience.wiley.com/cgi-bin/abstract/112660877/ABSTRACT?CRETRY=1&SRETRY=0>

Anmerkung Scherrmann:

Interessant hier ist, dass

a) eine "chronische **Niedrigdosis**-Exposition) ("chronic low-dose exposure to pesticides") untersucht wird,

b) diese Veroeffentlichung in den Neuronews vorgestellt wird, einem Blatt, dass bisher Chemikalien als Ursache fuer neurologische Krankheiten und Beschwerden so gut wie nicht im Fokus hat,

c) im Original im Titel kein Fragezeichen steht.

d) im Original "may be", in den (deutschsprachigen) Euronews "weiterhin ungeklaert" steht.

=====

## CHEMIKALIEN - PFOS (Perfluorooctansulfonaten) - EU

Aus EU-ÖkoNews 31.10.2006-

### **EU-Parlament für Verbot von Perfluorooctansulfonaten**

Das Verbot von Perfluorooctansulfonaten (PFOS) durch das Europäische Parlament ist ein hervorragender Erfolg. Dem Parlament ist damit ein großer Wurf für die Gesundheit der Verbraucher und den Schutz der Umwelt gelungen. Sowohl in heimischen als auch in importierten Alltagsprodukten wie Textilien, Teppichen, Ledermöbeln, Kosmetik und warten sie auch. Die Informationen allein reichen aber nicht aus, um Verbraucher dazu zu motivieren, ihr Verhalten zu ändern“. Verbraucher nutzen sie offenbar vielmehr für eine persönliche Nutzen-Risikoanalyse. <http://www.hiltrud-breyer.eu/>

=====

## CHEMIKALIEN - TABAK

9.11.2006

### **Raucherinnen werden schwerer schwanger**

Starkes Rauchen schädigt bei Frauen die Gebärmutter und schmälert nach den Daten einer Studie die Chancen auf eine Schwangerschaft. Häufiges Rauchen wirke sich direkt auf das Gewebe der Gebärmutter aus und erschwere Embryonen das Einnisten, berichtete die Arbeitsgruppe um Dr. Sérgio Soares aus Lissabon.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=426382,4767,/medizin/frauengesundheit>

Oktober 2006

### **Passivrauchen kann das Brustkrebsrisiko verdoppeln**

Bonn - Frauen unter 50 Jahre, die regelmäßig passiv rauchen, haben ein doppelt so hohes Risiko, an Brustkrebs zu erkranken, wie Frauen einer Vergleichsgruppe, die dieser Belastung nicht ausgesetzt sind. Auf eine entsprechende Metaanalyse in der [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=26164>

13.10.2006

### **Diabetes und Rauchen: Netzhaut- und Nierenerkrankungen als Folge**

Ärzte fordern: Rauchen aufgeben, mehr Bewegung und ausgewogene Ernährung

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=061012041>

12.10.2006

### **Rauchverbot verbessert Gesundheit von Kellnern**

Ein generelles Rauchverbot in Kneipen und Restaurants, wie es Ärzte auch für Deutschland fordern, verbessert schon nach wenigen Wochen die Gesundheit der dort angestellten Mitarbeiter. Das hat eine schottische Studie ergeben. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=422335,4724,/medizin/asthma>

08.10.2006

### **Kinderschutz: Experten fordern Rauchverbot für Eltern**

Hamburg (ddp). Politiker und Mediziner fordern ein Rauchverbot für Eltern in geschlossenen Räumen. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach sprach sich in der Zeitung «Bild am Sonntag» für deutlich schärfere Regeln zum Nichtraucherschutz aus....

mehr... » <http://www.netzdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=10&d=9&id=124599>

### **Frankreich untersagt das Qualmen in der Öffentlichkeit**

Auf Frankreichs Raucher kommen harte Zeiten zu: Das Qualmen ihrer geliebten Gitanes, Gauloises oder anderer Glimmstengel soll schon bald an den meisten öffentlichen Plätzen verboten werden. Wer sich nicht daran hält, wird zur Kasse gebeten. mehr...

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,441450,00.html>

\*\*\*

Vom Bayrischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. München, 18. Oktober 2006

Schnappauf: **Vor allem Kinder vor Qualm besser schützen**

**"Nach neuer Studie Belastung in Gaststätten, Kneipen und Diskotheken mit giftigen und zum Teil krebserregenden Stoffen erheblich"**

Der Nichtrauchererschutz in Bayern soll weiter ausgeweitet und verbessert werden. Das erklärte Gesundheitsminister Werner Schnappauf nach der gestrigen Befassung im Kabinett. Schnappauf: "Ganz besonders Kinder müssen noch stärker vor schädlichem Zigarettenqualm geschützt werden." Über die konkreten Maßnahmen in Bayern soll entschieden werden, sobald klar ist, welchen gesetzlichen Rahmen der Bund für mehr Nichtrauchererschutz in Deutschland schafft. Nach neuesten Erkenntnissen sterben allein an den Folgen des Passivrauchens jährlich in Deutschland über 3.300 Menschen, auch Babys oder Kinder durch Plötzlichen Kindstod. Wie wichtig mehr Schutz ist, zeigen aktuelle erste Ergebnisse einer neuen, noch nicht abgeschlossenen Studie des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Danach ist die Belastung in Gaststätten, Kneipen und Diskotheken mit giftigen und zum Teil krebserregenden Stoffen erheblich und gefährdet die Gesundheit.

Schnappauf sprach sich deshalb erneut dafür aus, auch den Nichtrauchererschutz in den Gaststätten zu erhöhen. "Insgesamt bleibt noch viel zu tun, um einen wirksamen Schutz der Nichtraucher zu erreichen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass in Bayern die Mitgliedsbetriebe des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes die freiwillige Vereinbarung über mehr Nichtrauchererschutz einhalten und entsprechend Nichtraucherplätze zur Verfügung stellen. Allerdings sind besonders die Nicht-Mitglieder noch weit von einem wirksamen Nichtrauchererschutz entfernt", zog Schnappauf eine erste Bilanz. Bayern hatte als erstes Land eine solche freiwillige Vereinbarung mit dem BHG geschlossen und gemeinsam eine Evaluierung durchgeführt. Schnappauf dankte dem Verband und seinem Präsidenten Wiggerl Hagn, dass mit so großem Einsatz für Nichtrauchererschutz bei den Betrieben geworben wurde. Nach der Evaluierung haben 59,8 Prozent der BHG-Mitglieder, aber nur 37,3 Prozent der Nicht-Mitglieder Nichtraucherbereiche ausgewiesen.

Das LGL hat bisher in etwa 30 Gaststätten, Kneipen und Diskotheken, in denen Rauchen ohne Einschränkung möglich war, jeweils über vier Stunden die Belastungen gemessen. Danach liegen die Messwerte für Nikotin im mittleren Wert bei 51 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft und damit deutlich über Konzentrationen von 10 Mikrogramm, für die nach der WHO bereits schwerwiegende Gesundheitseffekte zu erwarten sind. Die Feinstaubbelastung lag in Cafes, Gaststätten und Restaurants im Mittel bei 164 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft, in Diskotheken gar bei 869 Mikrogramm pro Kubikmeter. Negative Effekte von Feinstaub auf Bronchien, Herz- und Kreislauf und das Immunsystem sind belegt. Die gemessenen Konzentrationen an flüchtigen organischen Verbindungen und an Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) liegen weit über empfohlenen Werten. Diese Substanzen können insbesondere Lungenkrebs verursachen bzw. Schleimhäute, Atemwege, Augen und Haut reizen.

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

=====

## **CHEMIKALIEN - IM TRINKWASSER**

09.10.2006

Im Bundestag notiert: **Schädliche Chemikalien im Trinkwasser**

Umwelt/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/CMU) Schädliche Chemikalien im Trinkwasser beschäftigen die Bündnisgrünen in einer Kleinen Anfrage (16/2699). Danach haben Forscher der Universität Bonn im Oberflächen- und Trinkwasser des Hochsauerlandes synthetische Säuren gefunden.

Die Trinkwasserkommission des Umweltbundesamtes habe daraufhin empfohlen, dass Höchstwerte für entsprechende Chemikalien festgelegt werden. Die Bundesregierung soll unter anderem erläutern,

ob sie solche Grenzwerte beschließen will.

[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

Anmerkung Scherrmann:

Mal wieder hier mein Standartsatz: Es ist laengst ueberfaellig,

- dass das Trinkwasser nicht nur auf einige wenige Chemikalien untersucht wird, sondern auf eine groessere Anzahl und vor allem auf Medikamentenrueckstaende und

- dass an Eliminierungsmoeglichkeiten dieser Substanzen gearbeitet wird.

=====

## ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

**.Exzessives Handy-Telefonieren zerstört Spermien - Ohio-Studie sorgt für Aufregung in den USA**

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=061025045>

\*\*\*

**Mobilfunkstrahlung veraendert Gen- und Proteinaktivitaet**

[www.elektrosmogreport.de](http://www.elektrosmogreport.de)

=====

## GENMODIFIZIERTES SAATGUT

25.10.2006 Bundestag

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Anhörung) **Experten diskutieren Regeln zum Anbau gentechnisch veränderter Organismen**

Berlin: (hib/HAU) Experten weisen den Regeln der "guten fachlichen Praxis" beim Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) eine hohe Bedeutung zu. Dies wurde während einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am Mittwochvormittag deutlich.

Dabei wurden Fragen zur Bürokratiebelastung der Landwirte, sowie zu vorhandenen Innovationshemmnissen bei der Einführung der Grünen Gentechnik erörtert. Hauptstreitpunkt jedoch waren Regelungen zum Mindestabstand zwischen GVO-Feldern und Feldern mit gentechnisch nicht veränderten Pflanzen ebenso wie die sich durch eventuelle Auskreuzung ergebenden Haftungsregelungen.

Die Gentechnikindustrie, so forderte der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), müsse sich klaren Regelungen unterwerfen. Ziel dieser Regelungen müsse es sein, die Kontamination nicht nur zu begrenzen, sondern zu vermeiden.

Nur so könne man die Wahlfreiheit für Verbraucher und Produzenten garantieren. Dazu benötige man klare Haftungsregelungen ebenso wie eine Verdreifachung des Mindestabstandes von 150 Metern. Der Deutsche Bauernbund (DBB) hat ebenfalls große Probleme mit dem GVO-Anbau.

Es gebe wirtschaftliche, rechtliche und auch ethisch-moralische Bedenken. Neben dem zu erwartenden Arbeitsplatzabbau und den unklaren Haftungsregelungen bereite die Einflussnahme auf die Schöpfung Sorgen.

"Wir sollten", so DBB-Präsident Kurt-Henning Klamroth, "dem lieben Gott nicht zu sehr ins Handwerk pfuschen." Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) steht der Grünen Gentechnik hingegen "neutral" gegenüber.

Die Frage, ob man Gentechnik wolle oder nicht stelle sich ohnehin nicht mehr, da sie längst ein wichtiger Faktor in der Landwirtschaft sei. Es gehe nun um die Art und Weise des Miteinanders. Man

begrüße daher die Absicht der Bundesregierung, Regeln zur guten fachlichen Anbaupraxis als Voraussetzung für Koexistenz und Wahlfreiheit festzulegen.

Aus Sicht des DRV bildet der 150 Meter Isolationsabstand dabei eine akzeptable Basis für die Regelung der Haftungsfragen.

Greenpeace hingegen forderte den Stopp der Freisetzung von genveränderten Pflanzen. Die Bio-Branche boome und schaffe im Gegensatz zur Agro-Gentechnik Arbeitsplätze. Der Staat sei gefordert, und müsse nun Koexistenz- und Haftungsregelungen festlegen.

Der vorgeschlagene Abstand von 150 Meter zwischen den Feldern sei dazu allerdings ungeeignet. Damit, so Greenpeace, komme es garantiert zu Kontaminationen. Auch Professor Ulrich Heink von der TU Berlin sieht den Isolationsabstand von 150 Metern als "nicht ausreichend" an.

Er müsse "deutlich" darüber liegen. Heink forderte außerdem, dass die Nichtbeachtung der guten fachlichen Praxis beim GVO-Anbau als Ordnungswidrigkeit angesehen werde und weitere Rechtsfolgen auslöse.

Jens A. Katzek, Geschäftsführer der Bio Mitteldeutschland GmbH, kritisierte den Verlauf der Debatte um den Einsatz der Grünen Gentechnik. Im Interesse einer Koexistenz sollte man tolerant gegenüber dem Anderen sein.

Diese Toleranz vermisse er in der Diskussion. Gegner der Gentechnik würden immer wieder Probleme "aufblähen", um die Grüne Gentechnik in Misskredit zu bringen, anstatt auf ein reibungsloses und gleichberechtigtes Nebeneinander hinzuwirken.

In diesem Zusammenhang kritisierte Katzek auch den Mindestabstand von 150 Meter. Dieser sei ein unrealistischer Wert, der etwa fünffach über dem liege, der zur Einhaltung des EU-Schwellenwertes notwendig sei.  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

Anmerkung Scherrmann:

Ich möchte hier zwei "Schlagworte" heraus ziehen:

1. Die "gute fachliche Praxis" ist meiner Einschätzung nach eine Schimäre.
2. Ich bin es langsam einfach leid, permanent zu hören und/oder zu lesen, dass von engagierten Menschen, die sich oft intensiv und zeitaufwendig in ein Gebiet einarbeiten, immer als erstes Totschlagargument, Toleranz eingefordert wird.

\*\*\*

### **Bundestag: Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage Bündnisgrüne besorgt über gentechnisch veränderten Reis**

Berlin: (hib/CMU) Gentechnisch veränderter Reis im europäischen Handel beschäftigt die Bündnisgrünen. In einer Kleinen Anfrage (16/2731) schreiben sie, die Umweltorganisation Greenpeace habe Rückstände des US-Produkts "LL Reis 601" in mehreren deutschen Reisprodukten gefunden.

Die Sorte sei genetisch manipuliert und weltweit verboten. Nach Darstellung der Fraktion hat die EU-Kommission alle Mitgliedstaaten aufgefordert, dafür zu sorgen, dass keine weiteren verunreinigten Lebensmittel auf den Markt kommen.

Dennoch seien gentechnisch veränderte Produkte auch im deutschen Handel gefunden worden. Die Abgeordneten wollen wissen, wie die Behörden von Bund und Ländern überprüfen, ob gentechnisch manipulierte Lebensmittel auf dem Markt sind. Zudem soll die Bundesregierung erläutern, welche rechtlichen Schritte sie gegen die Hersteller von verunreinigten Produkten plant.

=====

**KLIMA**

6.11.2006

### **Kohlendioxid: 2005 auf Rekordwert**

Die Konzentration des klimaschädigenden Gases Kohlendioxid hat nach Angaben der Weltwetterorganisation (WMO) 2005 den bislang höchsten gemessenen Wert erreicht.  
<http://www.germanwatch.org/klima>

\*\*\*

Vom KlimaKompakt Spezial Nr. 36 / 30.10.06

### **Stern-Report zeigt ökonomischen Nutzen von Klimaschutz - deutschen Zuteilungsplan im Emissionshandel jetzt nachbessern**

Die US-Argumente gegen ernsthaften Klimaschutz können ab heute als entkräftet gelten. Zwei Argumente hatte die jetzige US-Regierung vorgebracht. Das Erste bezog sich auf die Erkenntnisse der Klimawissenschaft, die noch zu ungesichert seien. Im letzten Jahr, auf dem G8-Gipfel in Gleneagles, räumte Präsident Bush erstmals öffentlich ein, dass die wissenschaftliche Evidenz für den Klimawandel überwältigend sei.

Das zweite Argument war: Ernsthafter Klimaschutz schade der Wirtschaft.

Mit dem heute veröffentlichten 700-Seiten-Bericht des früheren Weltbank-Ökonoms Nicholas Stern für die britische Regierung ist dies nicht mehr haltbar. Stern rechnet vor, dass es entschieden teurer wird, nicht zu handeln statt zu handeln: Stern kommt zum Schluss, dass 1 Prozent des jährlichen Bruttosozialprodukt notwendig sein könnte, um katastrophale Entwicklungen des globalen Klimawandels abzuwenden. Aber die durch Tatenlosigkeit entstehenden Klimaschäden kämen 5 bis 20 mal teurer.

Der Bericht umfasst die Periode bis 2100. Er warnt, dass der globale Klimawandel die größte Rezession seit dem Wall Street Crash 1929 und der folgenden Großen Depression auslösen könnte. Stern gilt allgemein als anerkannter Mainstream-Ökonom. Der sorgfältig vorbereitete Bericht wird als die bislang gewichtigste Abschätzung zu den Kosten von Klimaschutz und Klimaschäden eingeschätzt.

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, kommentiert: "Mit dem Bericht kommt jetzt die Zeitumstellung im Klimaschutz - es beginnt eine neue Ära der ökonomischen Bewertung des Klimawandels. Der Stern Report bahnt damit dem UN-Klimagipfel in Nairobi, der Anfang November beginnt, den Weg zu entschiedenem Handeln.

Er sollte gleichzeitig für die Bundesregierung Anlass sein, den Allokationsplan für den Emissionshandel ab 2008 deutlich im Sinne des Klimaschutzes nachzubessern."

Der Bericht ist abrufbar unter: URL steht nicht mehr im Internet

=====

## **KRANKHEITEN - DIAGNOSEN**

9.11.2006

### **Ratgeber informiert: Umgang mit Angst und Allergien**

Frankfurt/Main (ddp). Angst hat jeder einmal. Doch wenn Panikattacken übermächtig werden, ist Angst eine Krankheit. Wer darunter leidet, weiß oft gar nicht, was los ist. Welche Medikamente und Therapien helfen können, ist ein Thema im jetzt...

<http://www.netzdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=11&d=9&id=124984>

30.10. 2006

### **Jeder dritte Angst-Patient hat ein Schmerzsyndrom**

Patienten mit generalisierter Angststörung (generalized anxiety disorder, GAD) haben häufig auch Schmerzen. Das belegen Daten einer repräsentativen Erhebung in der deutschen Bevölkerung.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=422950,4754,/medizin/angst>

25.10.2006

**Psychotherapeutenkammer: Patienten mit Angststörungen dramatisch unterversorgt**

Berlin - „Psychische Krankheiten werden häufig übersehen und nicht behandelt. Arbeitsunfähigkeitszeiten und Frühberentungen aufgrund psychischer Erkrankungen steigen dramatisch.“ Das erklärte die Bundespsychotherapeutenkammer am Montag in Berlin. [mehr] <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=19855>

Anmerkungen Scherrmann:

Beim Lesen dieser Artikel wird deutlich, dass

- a) auf Seiten der MedizinerInnen ein ziemlich grosses Wissensdefizit bzgl. den Wirkungen von Neurotoxinen besteht
- b) dieses Nichtwissen bzw. Nichtwissenwollen fuer die Pharmaindustrie und einen grossen Zweig der Medizin finanziell aeusserst eintraeglich ist

Ich lese permanent in privaten Gutachten und Aerztebriefen die alltaeglichen Auswirkungen dieses Wissensdefizits.

Ich lese,

- dass Menschen, die wissen und spueren und taeglich erleben, dass sie auf bestimmte Neurotoxine mit Reaktionen wie z. B. rascher Anstieg des Blutdrucks, Pulses, Bewegungs-, Sprechunfaehigkeit reagieren, eine "generalisierte Angststoerung" diagnostiziert wird
- dass von Seiten der AerztInnen und PsychologInnen nicht genauer hingeschaut wird
- und dass i.a. nicht bedacht wird, dass bei einer mit Neurotoxinen belasteten Person auch heftige Schmerzen auftreten koennen.

Allein in der letzten Woche bekam ich Anrufe von drei Frauen, die alle drei (in einem Falle fuer 8 Monate) in die Psychiatrie eingewiesen wurden, weil sie ihrer familiaeren Umgebung und Ihren AerztInnen sagten, sie reagierten heftig auf bestimmte chemische Substanzen.

Allen drei Frauen ging es im Laufe der psychiatrischen "Therapie" successive schlechter.

Dass Kranke mit neurotoxischen Schaedigungen **im Laufe und nach** diesen "Therapien" psychisch krank werden, ist fuer mich nicht verwunderlich.

Warum stellt sich - fast - niemand die Fragen,

- wer an diesen Falschdiagnosen verdient
- was diese Falschdiagnosen die Krankenkassen kosten
- was diese Falschdiagnosen an unterlassener Hilfestellung (durch unterlassene Informationen bzgl. der Wirkungsweise von Neurotoxinen und deren moeglichen Reduzierung) fuer die Kranken mit neurotoxischen Schaedigungen bedeuten
- dass diese Fehlbeurteilungen massive Menschenrechtsverletzungen nachsichziehen koennen?

\*\*\*

Meldung von "Blick" Online:

**Italienische Aerzte bringen pro Tag 90 Patienten um**

MAILAND – Kaum zu glauben! In Italien ist sogar Autofahren sicherer als der Arztbesuch: Es sterben täglich 90 Patienten durch Fehler bei der ärztlichen Behandlung. «Arztfehler sind zur Sorge Nummer Eins für die modernen Gesundheitssysteme geworden» heisst es in dem Bericht eines Mailänder Ärztesymposiums – in Italien gilt dies ganz bestimmt! Denn: Fehler bei der Behandlung und in der Organisation kosten täglich 90 Patienten das Leben – jährlich sind damit 135'000 Todesfälle zu verzeichnen. Diese erschreckenden Zahlen, die entschieden gegen einen Arztbesuch in Italien sprechen, gehen ebenfalls aus besagtem Bericht hervor. Auch der «Corriere della Sera» berichtet, dass laut Schätzungen mehr Menschen durch Ärztefehler sterben als durch Autounfälle, Herzinfarkte und gewisse Krebsarten. Dabei passieren die Fehler am häufigsten bei der Diagnose, und 32 Prozent der Fehler unterlaufen zudem bei den Operationen. <http://www.blick.ch/news/ausland/artikel47730>

=====

**RADIOAKTIVITAET**

31.10.2006 Der Bundestag Bildung und Forschung/Antwort

## **Regierung: Radioaktive Abfälle in "Asse II" dauerhaft sicher eingeschlossen**

Berlin: (hib/MPI) Der sichere Einschluss der im ehemaligen Kali- und Salzbergwerk "Asse II" bei Wolfenbüttel eingelagerten radioaktiven Abfälle ist nach Darstellung der Bundesregierung "dauerhaft gewährleistet".

In ihrer Antwort (16/2963) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (16/2608) räumt die Regierung jedoch ein, dass der Eintritt von Flüssigkeit in das ehemalige Salzbergwerk "nicht kalkulierbare gebirgsmechanische Vorgänge im Deckgebirge auslösen" könnte, würde die Schachanlage "im jetzigen Zustand sich selbst überlassen".

Überdies wären in diesem Fall die Schächte des Grubengebäudes unverschlossen, "so dass darüber kontaminierte Lösungen aus dem Grubengebäude in das Grundwasser gelangen" könnten. Die Regierung weist darauf hin, dass im April 2004 Sicherungsarbeiten begonnen worden seien. Weiter heißt es, in der Schachanlage würden insgesamt rund 89.000 Tonnen schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert. Hiervon entfielen 88.000 Tonnen auf schwachradioaktive Abfälle. Die Atomindustrie werde nicht an den Kosten der Endlagerung und den Folgekosten zur Behebung des Wassereintritts beteiligt.

Mit der Verfüllung der Porenräume des bereits eingebrachten und noch weiter einzubringenden Versatzmaterials mit einem Schutzfluid würden nach jetzigem Kenntnisstand Kosten in Höhe von rund 70 Millionen Euro anfallen, schreibt die Regierung.

Erfahrungen mit den Folgen von Flutungen von Atommülllagern mit Magnesium-Chlorid lägen nicht vor. Allerdings sei die Flutung von Salzbergwerken ein Standardverfahren bei deren Schließung.

Anmerkung Scherrmann:

Was heisst denn hier "dauerhaft"? Fuer 20, 30, 50, 100, 1000 Jahre? Wie kann jemand die Aussage - dass bei einem Material, dessen Halbwertszeit ca. 1 Million Jahre betraegt, "der sichere Einschluss dauerhaft gewährleistet" sein kann - ernst nehmen oder/und gar als wissenschaftlich einigermaßen stichhaltig wahrnehmen?

\*\*\*

Bundestag 06.10.2006 Umwelt/Antwort

### **Ursache für Leukämie-Fälle in Geesthacht weiterhin unklar**

Berlin: (hib/CMU) Die Häufung von Leukämie-Fällen in Geesthacht (Niedersachsen) ist offenbar zufällig. Das erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/2665) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/2515). Es gebe keine Belege dafür, dass das nah gelegene Atomkraftwerk Krümmel etwas mit den Erkrankungen zu tun habe. Nach Darstellung der Linksfraktion sind von 1990 bis 2005 in und um Geesthacht 16 Kinder an Leukämie erkrankt. Die Abgeordneten bezeichnen dies als statistisch hoch signifikant. Eine natürliche Ursache sei "extrem unwahrscheinlich". Sie berufen sich auf Medienberichte, denen zufolge am 12. September 1986 eine erhöhte Strahlenbelastung in Geesthacht gemessen wurde. Die Bundesregierung weist die Ausführungen der Linksfraktion zurück. Die zugrunde liegenden Messdaten seien bis heute nicht wissenschaftlich belegt. Eine zufällige Leukämiehäufung sei zwar unwahrscheinlich, aber nicht auszuschließen.

Mehrere Expertenkommissionen hätten sich mit den Krankheitsfällen in Geesthacht beschäftigt, ohne eine Ursache feststellen zu können. Auch dem Bundesumweltministerium lägen keine Daten aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein vor, die auf eine erhöhte Strahlung in Geesthacht hinwiesen, so die Bundesregierung.

Anmerkung Scherrmann:

Wie diese "wissenschaftlichen Belege" aussehen und weitere gute Hintergrundinformationen gibt es im Strahlentelex ([www.strahlentelex.de](http://www.strahlentelex.de))

=====

## **RECHT**

Von Umweltdigital Neue Eintraege September, Oktober:

Europaeische Union:

### **Chemikalien und Gefahrstoffe**

91/414/EWG – RL Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln

<http://www.umweltdigital.de/.ref/5byzgs7y.uzw25wr7/nd/67470/vorschrift.html>

## 2.01 Allgemeines Umweltrecht

EG/1367/2006 – VO zur Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Århus über den Zugang zu Informationen und die Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten  
[www.UMWELTdigital.de/208548](http://www.UMWELTdigital.de/208548)

Bund:

### 3.07 Chemikalien und Gefahrstoffe

TRGS 401 – Gefährdung durch Hautkontakt - Ermittlung, Beurteilung, Maßnahmen

[www.UMWELTdigital.de/208571](http://www.UMWELTdigital.de/208571)

TRBA 250 – Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege

TRBA 405 – Anwendung von Messverfahren und technischen Kontrollwerten für luftgetragene Biologische Arbeitsstoffe

Das Runterladen ist NICHT kostenfrei.

\*\*\*

17.10.2006

### Kontroll-Software für Transparenz bei behördlichen GdB -Feststellungen

Behördliche Ablehnung von Transparenz bei Feststellungsverfahren zu Lasten Behinderter

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=061017029>

=====

## KURZINFO

11.11.2006

### Schadstoffe stören Entwicklung von Babys & Co nachhaltig

Experten setzen auf Bio-Lebensmittel für Kids <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=061110022>

### Millionen Menschen trinken täglich Arsen

Filtermethoden oft zu teuer <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=061111009>

Anmerkung Scherrmann:

Ich bin gerade dabei, ein winziges privates Projekt zur Unterstützung beim Kauf von bestimmten Tonkruegen als billige und effektive Filter fuer arsenfreies Wasser noerdlich von Kalkutta zu initiieren. Wer mehr darueber wissen moechte, moege mich bitte unter [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) anmailen.

8.11.06

### stern: Zweifelhafes Marketing bei Pharmakonzern Novartis

Hamburg (ots) - Weil der Absatz seiner Medikamente bröckelt, setzt das Pharmaunternehmen Novartis Deutschland verstärkt auf zweifelhafte Marketinginstrumente. Wie das Hamburger Magazin stern in seiner neuen Ausgabe berichtet, will Novartis den Verkauf seiner Bluthochdruckpräparate Diovan und Codiovan dadurch fördern, dass Ärzte an 35 000 Patienten sogenannte Anwendungsbeobachtungen (AWB) durchführen. Der Arzt erhält dabei pro Patient 50 Euro. Dies geht aus firmeninternen Unterlagen hervor, die dem Magazin vorliegen.

Überschrift des entsprechenden Kapitels: "Marktführerschaft: Mehr Patienten durch AWBs".

Originaltext: Gruner+Jahr, stern

6.11.2006

### Klassifikationen (ICD, OPS u.a.)

ICF: Klassifikation zur Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit beim DIMDI Als WHO-Klassifikationszentrum für das System Internationaler Klassifikationen ist das DIMDI auch Herausgeber der deutschsprachigen Fassung der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF). Das DIMDI hat die Klassifikation auf den Internetseiten kostenfrei zum Download und in Buchform veröffentlicht.

<http://www.dimdi.de>

### **Kohlendioxid: 2005 auf Rekordwert**

Die Konzentration des klimaschädigenden Gases Kohlendioxid hat nach Angaben der Weltwetterorganisation (WMO) 2005 den bislang höchsten gemessenen Wert erreicht. <http://www.aerztezeitung.de>

### **Mehr Kinder mit Allergien im Südwesten**

20 bis 30 Prozent der Kinder in Baden-Württemberg haben eine Allergie. Dies ist das Ergebnis einer landesweiten Erhebung sogenannter Beobachtungsgesundheitsämter. <http://www.aerztezeitung.de>

26.10.2006

### **Risiko Duft: Inhaltsstoffe können Gesundheit belasten**

Baierbrunn (ots) - Duftstoffe können Allergikern erhebliche Probleme bereiten, berichtet die "Apotheken Umschau". Das Bundesgesundheitsamt rät, keine duftenden Zusätze in die Raumluft öffentlicher Gebäude, wie etwa Kaufhäuser, zu geben. mehr... <http://www.netdokter.de>

Anmerkung Scherrmann:

Immerhin mal ein kleines Signal in der Apotheken-Umschau zur Duftstoffproblematik. Es stellt sich aber hier und bei anderen deutschsprachigen Statements der letzten Zeit zur Duftstoffproblematik die Frage, ob die Reduktion auf das Allergieproblem - und damit einhergehend das Ignorieren der Krebserregenden, Nerven-, Leber-, Nieren-, Lungen-, Herz-, Stoffwechsel-, Immunsystem-, Emryonen- Gen-, schaedigenden Wirkungen einzelner Duftstoffkomponenten - die Problematik insgesamt sogar noch verstaerkt.

26.10.2006

### **Zu viel Kohlendioxid - schlechte Luftqualität in vielen Klassenräumen**

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=424259,4741./medizin/umweltmedizin>>

Die Luftqualität in Klassenräumen ist nach einer Studie des Bayrischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit vor allem im Winter sehr schlecht.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=424259,4741./medizin/umweltmedizin>

18.10.2006

### **Cochrane: Neue Zweifel am Wert der Mammographie**

Kopenhagen- Das Nordic Cochrane Centre kommt in einer neuen Übersicht zu einer äußerst kritischen Bewertung der Mammographie. Zwar wird in der aktuellen Publikation in der Cochrane Database of Systematic Reviews (2006, doi: 10.1002/14651858.CD001877.pub2) erstmals eingeräumt, dass die Mammographie die Sterblichkeit am Brustkrebs senkt. Dem stünde jedoch eine größere Zahl durch die Mammographie veranlasster unnötiger Therapien gegenüber. In der letzten Übersicht aus dem Jahr 2001 ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=19766>

Anmerkung Scherrmann:

Hierzu Artikel von Prof. Schmitz-Feuerhake in [www.strahlentelex.de](http://www.strahlentelex.de)

05.10.2006

### **Chemotherapie: Langzeitfolgen für das Gehirn**

Ann Arbor (ddp). Eine Chemotherapie kann auch nach zehn Jahren noch das Gedächtnis und die Konzentrationsfähigkeit beeinträchtigen. Die Ursachen dieser Symptome, über die viele Patienten klagen, sind Veränderungen im Stoffwechsel und Blutfluss des...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=10&d=6&id=124574>

Anmerkung Scherrmann:

Interessant waere hier, bei zukuenftigen Forschungsvorhaben eine Verknuepfung vorzunehmen zwischen den Wirkmechanismen chemischer Substanzen bei der Chemotherapie und bei chemischen Substanzen in unserer Umwelt.

---

## POLITIK - BEHOERDEN

---

### BMG

3, 11.2006

#### **Studie zu Medikamentenmissbrauch und -abhängigkeit veröffentlicht: Abhängigkeit erreicht vergleichbares Ausmaß wie bei Alkohol**

Anlässlich der heute veröffentlichten Studie der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) über mögliche Maßnahmen zur Reduzierung von Medikamentenmissbrauch und -abhängigkeit erklärt die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing, MdB: „Medikamentenmissbrauch und -abhängigkeit ist in Deutschland ein Massenphänomen. Es muss mehr getan werden, um die Betroffenen zu erreichen und ein öffentliches Bewusstsein für die Problematik zu schaffen.“

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es geschätzte 1,4 bis 1,9 Mio. Medikamentenabhängige in Deutschland gibt. Die größte Gruppe der Betroffenen, über 1 Million Menschen, ist abhängig von Schlaf- und Beruhigungsmitteln aus der Wirkstoffgruppe der Benzodiazepine.

„Dies ist eine alarmierende Zahl,“ so Sabine Bätzing weiter. „Damit erreicht die Medikamentenabhängigkeit in Deutschland ein vergleichbares Ausmaß wie die Alkoholabhängigkeit. In der breiten Öffentlichkeit wird diese Krankheit jedoch nur wenig wahrgenommen. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen, dass dieser Form der Sucht mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird und die Betroffenen von Aufklärungsmaßnahmen besser erreicht werden. Eine große Bedeutung kommt dabei auch den Ärzten und Apothekern zu, da sie die Verschreibung bzw. den Vertrieb der Medikamente kontrollieren. Ich begrüße ausdrücklich die laufenden Aktivitäten der Bundesärztekammer, die sich dieses Themas angenommen hat.“

Die Bundesärztekammer wird voraussichtlich Ende dieses Jahres den Leitfaden „Schädlicher Gebrauch und Abhängigkeit von Medikamenten“ veröffentlichen. Dieser richtet sich an die Ärzte und soll ihnen umfangreiche Hinweise zur Verschreibung von Medikamenten mit Missbrauchspotential an die Hand geben.

Sabine Bätzing: „Die Umsetzung dieses Leitfadens werde ich aktiv unterstützen. Gemeinsam mit der Bundesärztekammer und der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände wollen wir Anfang des kommenden Jahres Gespräche führen, um weitere Schritte zur optimalen Umsetzung des ärztlichen Leitfadens zu besprechen. Wir werden prüfen, welche flankierenden Maßnahmen von Seiten des Bundesgesundheitsministeriums ergriffen werden können, um den Leitfaden erfolgreich in die ärztliche Praxis umzusetzen. Die vom Bundesministerium für Gesundheit in Auftrag gegebene Studie zu Medikamentenmissbrauch und -abhängigkeit zeigt deutlich den Bedarf der Auseinandersetzung mit diesem, in der Öffentlichkeit, oftmals vernachlässigten Thema. Es ist richtig und wichtig, dass wir uns noch mehr als bisher mit der Problematik beschäftigen.“

Nach der Studie der DHS sind vor allem Frauen, insbesondere in höherem Alter, von der Sucht betroffen. Sie bekommen mehr problematische Medikamente verordnet und gebrauchen diese auch häufiger. Gerade in höherem Alter können die Beruhigungsmittel jedoch wegen ihrer muskelentspannenden Wirkung auch zu schweren und komplikationsreichen Stürzen führen.

Viele Frauen benutzen Schlaf- und Beruhigungsmittel, um die alltäglichen Belastungen in Familie, Partnerschaft und Beruf besser bewältigen zu können. Dabei gelingt es ihnen oftmals über lange Zeit, ihre Krankheit verborgen zu halten und im Alltag den Schein der Normalität aufrecht zu erhalten. Laut Studie ist es auch deshalb besonders schwierig, die betroffenen Menschen über die Gefahren des Langzeitkonsums durch gezielte Aufklärungsmaßnahmen zu erreichen.

[PDF-Datei: DHS-Studie Medikamentenabhängigkeit](#)

Weitere Infos und die Studie finden Sie unter: [www.drogenbeauftragte.de](http://www.drogenbeauftragte.de)

=====

## Bayrischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

München, 18. Oktober 2006

### **Schnappauf: Konsumfreiheit bedeutet auch Konsumverantwortung "Verbraucher sollen Kaufentscheidungen nachhaltig treffen"**

Konsumfreiheit bedeutet auch Konsumverantwortung. Verbraucherschutzminister Werner Schnappauf appellierte heute anlässlich der 50-Jahr-Feier des VerbraucherService Bayern in München an die Verbraucher, ihre Konsumgewohnheiten zu überdenken. Gleichzeitig dankte er dem VerbraucherService für seinen steten Einsatz um Verbraucheraufklärung und -bildung. Schnappauf: "Jeder Einzelne ist gefordert, sich mit den Auswirkungen seiner Kaufentscheidungen auseinanderzusetzen. Durch die unermüdliche Arbeit der Verbraucherorganisationen wird die Informationsflut verbrauchergerecht aufbereitet. Die sachkundige und zugleich wertorientierte Beratung, beispielsweise in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Energie, trägt wesentlich dazu bei, die Orientierung und Marktmacht der Verbraucher zu stärken." Heute sind rund 30 bis 40 Prozent der Umweltprobleme direkt oder indirekt auf herrschende Konsummuster zurückzuführen. "Wir brauchen dort wo nötig klare Vorgaben und Kontrollen, in anderen Bereichen setzen wir auf den mündigen, aufgeklärten Verbraucher. Ethisch-moralisches Handeln kann nicht allein per Gesetz eingefordert werden", so der Minister. Weitere Informationen:

<http://www.verbraucherschutz.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann:

Dass Konsummuster an den Umweltproblemen beteiligt sind und dass "ethisch-moralisches Handeln nicht allein per Gesetz eingefordert werden kann" ist klar. Die entscheidenden Fragen stellen sich aber en Detail, z. B. wie die sogenannten Experten ihre Verantwortung wahrnehmen, die Verbraucherinnen und Verbraucher auch tatsaechlich zu einem muendigen und aufgeklaerten Verhalten zu erziehen.

Nach meiner inzwischen 12-jaehrigen Beobachtung, sind es haeufig gerade die behoerdlich verantwortlichen Experten (z. B. im Bereich elektromagnetischer und radioaktiver Strahlung und im Bereich Chemikalien), die sich eher bemuehen, dass die VerbraucherInnen ZU WENIG aufgeklaert werden. Die effektivste Aufklaerungsarbeit liefern haeufig NGOs, die haeufig von offiziellen Stellen nicht oder zu wenig unterstuetzt werden.

Was mir in den Aufklaerungskampagnen von Seiten der Behoerden und auch von Seiten der NGOs fast immer fehlt, ist dass ein Zusammenhang zwischen Schadstoffen und den meisten unserer modernen Krankheiten kaum diskutiert wird oder nur als "generalisierte Angststoerung" (s.o.) abgetan wird.

Ich denke, dass Umweltbewusstsein erst dann in umweltbewusstes Handeln transferiert wird und erst dann ein "ethisch-moralisches Handeln" entstehen kann, wenn fast JEDER wahrnimmt, dass z. B.

- sein eigenes Rheuma, sein Herzrasen, seine „Grippe“, seine Bronchitis, seine Impotenz, seine Darmkoliken, sein Kopfweh
- die Schlafstörungen und die Panikattacken seiner Frau,
- die Neurodermitis, das Asthma, die Konzentrationsschwächen und die Tobsuchtsanfälle seiner Kinder
- der Brustkrebs seiner Schwester
- die MS seines Bruders
- das Parkinson Syndrom seines Vaters
- die Diabetes seiner Mutter
- die Alzheimerkrankheit seiner Tante
- der Lungenkrebs seines Freundes
- die Chemikalienunverträglichkeit seiner Nachbarin, etc.

durch einen nicht unerheblichen Anteil in Zusammenhang mit Chemikalien, Medikamenten, radioaktiver und elektromagnetischer Strahlung und Laerm stehen.

Ohne eine weitergehende Aufklaerung - wie sie bis jetzt nur im Teilbereich "Rauchen" von offizieller

und aerztlicher Seite aus geschieht - und gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen kann nach meiner Einschätzung "ethisch-moralisches Handeln" nicht gedeihen. Die Forderung von Seiten der Politik und auch von Seiten der NGOs an die Konsumenten, ist in meinen Augen folglich unrealistisch.

Und noch eine Anmerkung zum "muendigen Buerger":

Ich bekomme immer wieder Kenntnis (durch Telephonate, Zusendung von Gutachten, ..), dass bei Menschen, die durch ihr Wissen und ihre Erfahrungen einen Zusammenhang zwischen Krankheiten und Schadstoffen bezeugen, von familiaerer und aerztlicher Seite ausgehend, ein gerichtliches Entmuendungsverfahren angestrebt wird.

---

## **BUNDESTAG**

1.11.2006

Umwelt/Unterrichtung

### **Regierung: Strahlenbelastung durch Tschernobyl weiter gesunken**

Berlin: (hib/ANK) Die Strahlenbelastung durch den Atomunfall von Tschernobyl ist im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen. Dennoch fänden sich in einigen Lebensmitteln immer noch erhöhte Cäsium-Werte, heißt es im Bericht zur Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 2005, den die Bundesregierung als Unterrichtung (16/3084) vorgelegt hat.

Auch der Beitrag von Atomkraftwerken, sonstigen kerntechnischen Anlagen und der Hinterlassenschaften des Uranbergbaus zur gesamten Dosis lag 2005 demnach deutlich unter einem Prozent und damit bei den meisten Anlagen weit unterhalb der genehmigten Jahreswerte.

Den größten Anteil an der durch Menschen entstandenen Strahlungsbelastung habe die Anwendung radioaktiver Stoffe und ionisierender Strahlung in der Medizin, heißt es weiter. Ihr Einfluss sei in den vergangenen Jahren stetig gestiegen.

So habe zum Beispiel die Zahl der Computertomographien von 2002 auf 2003 um drei Prozent zugenommen. Auch die mittlere und effektive Dosis der Bevölkerung durch Röntgenstrahlung steige seit 1996 stetig.

Die Anzahl der Personen, die aus beruflichen Gründen einer erhöhten Strahlung ausgesetzt sind, sei auch 2005 weitgehend konstant geblieben. Hoch sei die Dosis unter anderem bei Berufen im Flugverkehr, in der Industrie, in kerntechnischen Anlagen und in der Medizin. Immer weniger Personen seien dabei aber einer besonders hohen Strahlung ausgesetzt sind, ihre Zahl nehme kontinuierlich ab.

Eine Grenzwertüberschreitung durch die elektromagnetische Strahlung von Mobilfunksendeanlagen gebe es in den für die Bevölkerung zugänglichen Bereichen nicht. Dennoch habe es auch 2005 kontroverse Diskussionen über die gesundheitlichen Auswirkungen des Mobilfunks gegeben.

Das Deutsche Mobilfunkforschungsprogramm unterstütze 51 Forschungsprojekte aus unterschiedlichen Fachrichtungen. Der Etat von 17 Millionen Euro werde voll ausgeschöpft. Durch einheitliche Messvorschriften habe die Bundesnetzagentur die Möglichkeit zum Vergleich der Sendeanlagen eröffnet.

---

## **BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung**

siehe unter CHEMIKALIEN -ACRYLAMID .

Keine weitere hier relevante Pressemitteilung

---

## **UBA - UMWELTBUNDESAMT**

### **Luftqualität und Gesundheit: Neuer Leitfaden nennt Ansprechpartner in ganz Europa**

Wichtige Umwelt- und Gesundheitsinstitutionen auf einen Blick

Wer weiß Bescheid in Sachen Luftqualität und Gesundheit in Europa? Antwort gibt ein neuer

Leitfaden des Umweltbundesamtes (UBA). Er stellt auf 76 Seiten wichtige Kontaktinformationen zu den bei diesem Thema maßgeblichen Behörden, Forschungseinrichtungen und Institutionen für ganz Europa zusammen. Von Albanien bis Usbekistan – wer Kontakt zu den verantwortlichen Einrichtungen aufnehmen möchte, muss nun nicht mehr mühselig recherchieren. Der unentgeltliche Leitfaden steht im Internet zum Download bereit.

Vor allem für Universitäten und Forschungseinrichtungen, aber auch Nicht-Regierungs-Organisationen oder interessierte Bürger, die im Bereich Gesundheit sowie Außen- und Innenraumlufte tätig sind, schließt der als „WHO-Air Hygiene Report Nr.16“ erschienene Leitfaden „Inventory of Air Quality and Health Authorities and Institutions in the WHO European Region“ eine Informationslücke. Der Bericht des World Health Organization- (WHO-) Kooperationszentrums zur Überwachung der Luftqualität und Bekämpfung der Luftverschmutzung im UBA liefert Adressen, Telefon- und Faxnummern für alle 53 europäischen WHO-Mitgliedstaaten (Stand: Oktober 2006).

Eine Sammlung mit Kontaktmöglichkeiten zu internationalen Organisationen - wie der WHO, Europäischen Union und United Nations Economic Commission for Europe - ergänzt den Bericht. Ferner gibt es aktuelle Internetlinks zu den Themenbereichen Außen- und Innenraumlufte. Der WHO-Report zeichnet sich besonders dadurch aus, dass Weblinks direkt zu den Themenbereichen führen und - soweit vorhanden - auf englischsprachige Seiten.

Der 76 Seiten umfassende WHO-Air Hygiene Report Nr. 16 „Inventory of Air Quality and Health Authorities and Institutions in the WHO European Region“ ist kostenlos erhältlich beim Umweltbundesamt und steht unter <http://www.umweltbundesamt.de/whocc/titel/titel21.htm> zum Download bereit.

\*\*\*

Dessau, den 30.10.2006

### **Innovative Umweltpolitik macht Sozialpolitik dauerhaft erfolgreich Fachtagung „Umwelt und Gerechtigkeit“**

Für eine stärkere Verknüpfung von Umwelt- und Sozialpolitik hat sich heute der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium Michael Müller in Berlin ausgesprochen. „Eine innovative Umweltpolitik kann nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, sie kann die Menschen auch dazu befähigen, im Alltagsleben neue Lebensstile auszubilden. Es geht nicht allein um quantitative Konsumsteigerungen, sondern um eine gegenseitige soziale Anerkennung mittels eines gemeinsamen Engagements für die Zukunftsfähigkeit“, so Müller auf der Fachtagung „Umwelt und Gerechtigkeit“.

Die Tagung soll den Beitrag der Umweltpolitik zu sozialer Integration und Armutsbekämpfung aufzeigen, Akteurinnen und Akteure aus Sozial- und Umweltpolitik in den Dialog bringen und auch Zielallianzen und Zielkonflikte zwischen Umwelt- und Sozialpolitik benennen. „Es geht darum, eine Brücke von der Umweltpolitik zur Sozial- und Gesellschaftspolitik zu schlagen“, so Dr. Harry Lehmann, Fachbereichsleiter Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien beim Umweltbundesamt (UBA) in Dessau. Ziel sei es, diese Zusammenhänge in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung künftig abzubilden und in der öffentlichen Diskussion einen Begriff von ökologischer Gerechtigkeit zu etablieren, der es erlaube, auch so genannte Kollektivgüter wie städtische Lebensqualität oder sauberes Wasser als Wohlfahrtsbestandteile wahrzunehmen.

Eine umfassende systematische und wissenschaftliche Betrachtung der Wechselwirkungen von Sozial- und Umweltpolitik steht in Deutschland noch aus. Anders als im angelsächsischen Raum, wo das Konzept der ökologischen Gerechtigkeit bereits eine längere Tradition hat, erlangte das Thema bei uns erst in jüngster Zeit Bedeutung. Im Rahmen der regelmäßigen Repräsentativumfrage zum „Umweltbewusstsein in Deutschland“ wurde die Frage der ökologischen Gerechtigkeit im Jahr 2002 erstmals berücksichtigt und in einer von Bundesumweltministerium und UBA in Auftrag gegebenen Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie vertieft.

Weitere Informationen und Hintergrundmaterial unter [www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/oekologische-gerechtigkeit.htm](http://www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/oekologische-gerechtigkeit.htm)

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-068.htm>

PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-068.pdf>

\*\*\*

Dessau, den 27.10.2006

**Ergebnisse der Zentralen Melde- und Auswertestelle für Störfälle am UBA  
Überdurchschnittlich viele Störfälle im Jahr 2004 registriert  
Mehr Schulungen für Personal und regelmäßige Wartung der Anlagen könnten Schäden  
deutlich verringern**

Katastrophale Unfälle in Chemieanlagen hat es in Deutschland dank besserer Technik und qualifizierten Personals schon länger nicht gegeben. Doch ist weiterhin Aufmerksamkeit nötig: Denn die Zentrale Melde- und Auswertestelle für Störfälle (ZEMA) am Umweltbundesamt (UBA) verzeichnete im Jahr 2004 insgesamt 31 Störfälle - knapp die Hälfte davon im Bereich der chemischen Industrie. Das sind rund ein Fünftel mehr als im Jahr zuvor. 2004 gab es drei Tote und 42 Verletzte. Die Sachschäden beliefen sich auf circa 22 Millionen Euro, wobei Schäden an der Umwelt mit weiteren fast 200.000 Euro zu Buche schlugen. Probleme ergeben sich häufig durch mangelnde Wartung technischer Geräte oder fehlerhafte Anwendungen. Dies geschieht meist aus Unwissenheit, daher besteht Handlungsbedarf. Eine bessere Wartung der Anlagen, intensivere Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ausreichendes Personal könnten die Zahl der Störfälle und die damit verbundenen Personen- sowie Sachschäden deutlich verringern.

Seit 1993 erfasst die ZEMA Störfälle in Unternehmen, die mit Gefahrstoffen – wie Chlor, Ammoniak und Propan – arbeiten oder diese Stoffe lagern. Sie registriert alle technisch bedeutsamen Betriebsstörungen bei der Lagerung und dem Umschlag toxischer Gase – etwa in Lagern für brennbare Flüssigkeiten, in Stückgutlagern, in chemischen Produktionsanlagen und in Silos mit Stäuben – wie Mehl –, soweit die Betriebe der Störfall-Verordnung unterliegen.

Die Störfälle gehen meist zurück auf technische Fehler an Apparaten und Armaturen, gefolgt von chemischen Reaktionen und menschlichem Versagen. Die Ereignisse führten etwa zur Freisetzung einzelner Gefahrstoffe - wie Chlor oder Ammoniak - sowie zu Explosionen und zu Bränden.

Die ZEMA im UBA arbeitet seit 1993 alle zentral von ihr registrierten Meldungen auf, leitet sie an die Europäische Union (EU) weiter und veröffentlicht jährlich eine Störfall-Statistik. Aus den Störfall-Meldungen entwickelt die ZEMA dann allgemeine Erkenntnisse, die zu einem verbesserten Stand der Sicherheitstechnik beitragen sollen. Die Qualität der Ereignismeldungen steigt: Im Jahr 2004 lagen bereits zu 80 Prozent der Mitteilungen weitergehende Informationen wie Gutachten, Firmenberichte und Stellungnahmen der Behörden vor. Zeitliche Probleme bei der Auswertung ergeben sich dadurch, dass Störfälle erst Monate nach dem Ereignis der ZEMA gemeldet werden.

Der neue ZEMA-Jahresbericht 2004 steht unter <http://www.umweltbundesamt.de/zema/download.html> zum Download bereit.

Weitere Informationen erteilt das Fachgebiet „Anlagensicherheit, Störfallvorsorge“, Ansprechpartner: Michael Kleiber, 0340/ 2103 3019, michael.kleiber@uba.de und Dr. Jochen Uth, 0340/ 2103 3457, jochen.uth@uba.de

\*\*\*

Dessau, den 05.10.2006

**Genehmigungspflichtige Abfälle: Erstmals weniger Import, aber Exporte steigen  
Umweltbundesamt veröffentlicht Statistik für das Jahr 2005**

Zehn Jahre wuchs die Menge der nach Deutschland importierten genehmigungspflichtigen Abfälle – das sind Abfälle mit gefährlichen Inhaltsstoffen sowie andere, mit Umweltrisiken behaftete Materialien – wie Rückstände aus der Gewerbeabfallsortierung, Klärschlämme oder Fäkalien aus der Massentierhaltung. 2005 ging die Zahl erstmals zurück. Mit sechs Millionen Tonnen wurden 500.000 Tonnen weniger Abfall importiert als 2004. Für 2006 prognostiziert das Umweltbundesamt (UBA) einen weiteren Rückgang um etwa 1,2 Millionen Tonnen. Während sich bei den Importen eine Trendwende abzeichnet, wird der Export genehmigungspflichtiger Abfälle voraussichtlich steigen.

2005 wuchs der Export um etwa sieben Prozent auf 1,1 Millionen Tonnen an. Im Jahr 2006 ist mit einer Verdoppelung des Exports zu rechnen. Hauptgrund für den sinkenden Im- und steigenden Export ist die seit Juni 2005 geltende Abfallablagerungsverordnung, die die Ablagerung nicht vorbehandelter Siedlungsabfälle – wie gemischten Hausmüll – verbietet (Grafik 1a und 1b).

Zurückgegangen sind auch solche Einfuhren, die nicht zur Deponierung bestimmt waren, weil die aus Deutschland stammenden Abfälle die hiesigen Behandlungskapazitäten – zum Beispiel die Abfallverbrennung – stärker beanspruchten. Der Import von Abfällen zur Ablagerung auf Deponien nahm jedoch insgesamt zu, da die Einfuhr anorganischer Abfälle zur Beseitigung aus Italien stark stieg (Grafik 2).

Besonders reduzierte sich der Import von Resten aus der Gewerbeabfallsortierung, die in den vergangenen Jahren in sehr großen Mengen, vor allem aus den Niederlanden, zur Entsorgung nach Deutschland verbracht wurden.

Keine signifikanten Auswirkungen hat das Ablagerungsverbot auf die Einfuhr gefährlicher Abfälle – einer Teilmenge der genehmigungspflichtigen Abfälle – zum Beispiel gebrauchte Lösemittel oder Altöl. Die importierte Menge stieg im Vergleich zu 2004 um circa 0,5 Millionen Tonnen und betrug im Jahr 2005 2,1 Millionen Tonnen. Einen ähnlichen Wert erwartet das UBA auch für 2006. Vergleichsweise gering war der Export mit jeweils etwa 0,2 Millionen Tonnen in den vergangenen vier Jahren.

Auch die sich im Moment andeutende starke Zunahme beim Export lässt sich auf das Ablagerungsverbot zurückführen. Neben den Resten aus der Gewerbeabfallsortierung weisen vor allem Kabelabfälle, Fäkalien aus der Massentierhaltung und gemischter Hausmüll eine stark steigende Tendenz auf (Grafik 3). Jedoch werden diese Abfälle nicht, wie vorher befürchtet, in die neuen EU-Mitgliedsstaaten transportiert, sondern in die westlichen Nachbarländer, vor allem in die Niederlande, nach Belgien und in die Schweiz. Lediglich die Mitverbrennung brennbarer Rückstände aus Abfallsortieranlagen in polnischen Zementwerken ist mit einer Menge von circa 100.000 Tonnen im Jahr 2006 von Bedeutung – ebenso wie der Export von circa 60.000 Tonnen Kabelabfällen nach China.

Die exportierte Menge nicht genehmigungspflichtiger Abfälle – wie Eisenschrott oder Altpapier – bleibt mit etwa 16 Millionen Tonnen schon seit mehreren Jahren konstant. Der Import sank im Jahr 2005 – nach einer Zunahme über einen Zeitraum von ebenfalls zehn Jahren – auf rund 10,6 Millionen Tonnen.

Die aktuellen Grafiken zur Abfallverbringung stehen unter <http://www.umweltbundesamt.de/abfallwirtschaft/abfallstatistik/dokumente/Graphiken-Abfallverbringungsstatistik-2005.pdf> zum Download bereit.

Weitere Informationen zum Thema sind im Internet veröffentlicht unter <http://www.umweltbundesamt.de/abfallwirtschaft/abfallstatistik/index.htm>

Anmerkung Scherrmann:

Ich finde es Interessant, einmal zusammengestellt zu haben, was alles an Abfall in unserer Wohlstandsgesellschaft produziert wird.

=====

Ende des newsletter/d/102

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt